

Anklage gegen London

US-Forscher beschuldigt Großbritannien, Verbrechen im Sudan aus wirtschaftlichem Kalkül geduldet zu haben

Von Luca Schäfer

Im Wilson-Raum des Portcullis House, des Hauptsitzes der britischen Unterhausabgeordneten, herrschte am Mittwoch gebanntes Schweigen: Nathaniel A. Raymond, Leiter des humanitären Forschungsinstituts der Yale University und profilierter Ermittler zu Kriegsverbrechen, trat um 14 Uhr (Ortszeit) vor den Untersuchungsausschuss für internationale Entwicklungen. Was er dort zu sagen hatte, hat Sprengkraft – weit über den scheidenden Premier Keir Starmer und die ehemaligen Außenminister David Cameron, David Lammy und Yvette Cooper hinaus.

Raymond, akademischer Pionier im Einsatz von Satellitenbildern und in der Analyse frei zugänglicher Quellen (Open Source Intelligence, Abkürzung: Osint) zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, stützte seine Anschuldigungen insbesondere auf die humanitäre Katastrophe in Al-Fascher: Mehr als 18 Monate lang war die Stadt von den »Schnellen Eingreiftruppen« (RSF) – [die sich seit drei Jahren im Krieg mit der De-facto-Regierung unter Abd Al-Fattah Al-Burhan befinden](#) – belagert und von Nahrung sowie humanitärer Hilfe abgeschnitten worden. Nach UN-Angaben war sie Schauplatz gezielter Massenhinrichtungen und sexualisierter Gewalt – ein möglicher Genozid. Doch das alles, so Raymond, sei vorhersehbar und verhütbar gewesen. Westliche Regierungen, die UNO und zahlreiche Experten hätten zuvor monatelang vor den sich anbahnenden Verbrechen gewarnt. Es sei »das am besten vorhergesagte Massaker der modernen Geschichte« gewesen.

Kern seiner Anklage: Das britische Außenministerium habe wirtschaftliche, diplomatische und sicherheitspolitische Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) höher gewichtet als die Verhinderung von Massentötungen im Sudan – die Bindung zu den Emiraten habe über der »Verhinderung des vorsätzlichen Aushungerns, der Zwangsumsiedlung und des völkermörderischen Massakers an Zehntausenden (nach aktuellen Schätzungen 60.000, jW) von Zivilisten« gestanden, so Raymond. Nahezu lapidar teilte er auf Nachfrage mit, dass dies »einfacher« und bequemer gewesen sei, als ernsthafte Schritte einzuleiten. Dabei soll London seit spätestens 2024 über Geheimdienstinformationen verfügt haben, die auf eine Unterstützung der RSF insbesondere durch die VAE hindeuteten – diese seien jedoch weder veröffentlicht worden, noch hätten sie einen politischen Kurswechsel ausgelöst. Er wirft London ferner vor, mindestens zwei Dutzend Warnungen bewusst ignoriert zu haben. Im Mai 2024 hätten Beamte des Außenministeriums sein Institut sogar gebeten, brisante Erkenntnisse aus Telefonüberwachungen, die eine Verbindung zwischen den VAE und den RSF belegen, zu veröffentlichen –

man selbst traue sich das aus Angst vor der Reaktion Abu Dhabis nicht. Als besonders skandalträchtig gilt: Großbritannien ist im UN-Sicherheitsrat »Penholder« für den Sudan und koordiniert damit entsprechende Resolutionen.

Die VAE gelten spätestens seit 2024 als treibende Kraft hinter den paramilitärischen RSF. Waffenlieferungen und logistische Unterstützung über Libyen, Tschad und Äthiopien sind mittlerweile selbst in der deutschen Debatte bekannt. Abu Dhabi ist zentraler Handelsplatz für sudanesisches Gold; hinzu kommt das Interesse an den Anbauflächen des Landes zur Ernährung der Bevölkerung in den Emiraten sowie an Häfen am Roten Meer. Mittels eines Ausbildungslagers für RSF-Kämpfer in Äthiopien, [kolumbianischer Söldner](#) und der Lieferung von Waffentechnik soll der Sieg der Paramilitärs erzwungen werden.

Die Verstrickung zwischen Großbritannien und dem vormaligen britischen Protektorat am Golf hat Tradition: Erst 2021 vereinbarten beide Seiten ein Zehn-Milliarden-Pfund-Investitionsprogramm, der emiratische Staatsfonds Mubadala investiert direkt in Großbritannien, und London verkauft regelmäßig immense Mengen Rüstungsgüter an Abu Dhabi. Die britische Hauptstadt avancierte zum präferierten Zweitwohnsitz vermögender Emiratis, und das Golf-Kapital fand von der Premier-League bis zur Energieinfrastruktur zahlreiche Investitionsmöglichkeiten. Außerdem unterhält London mit dem Verteidigungsstab (UK Defence Staff) eine ständige militärische Vertretung in Dubai. Das hat Folgen: Bereits Ende 2025 berichteten Whistleblower, das Wort »Genozid« sei auf diplomatischen Druck aus britischen Berichten gestrichen worden, um Anschuldigungen gegen die Emirate zu vermeiden. Ein finaler juristischer Beweis, dass London von drohenden Massakern wusste, sind die Aussagen Raymonds nicht – dennoch ergeben sie im Gesamtbild Sinn. Das juristische und politische Ende ist noch offen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/524951.krieg-im-sudan-anklage-gegen-london.html>